

МІНІСТЕРСТВО ОСВІТИ І НАУКИ УКРАЇНИ
ХАРКІВСЬКИЙ НАЦІОНАЛЬНИЙ УНІВЕРСИТЕТ
МІСЬКОГО ГОСПОДАРСТВА імені О. М. БЕКЕТОВА

МЕТОДИЧНІ ВКАЗІВКИ

для організації самостійної роботи
з дисципліни

«ДРУГА ІНОЗЕМНА МОВА»
(НІМЕЦЬКА МОВА)

*(для студентів 3 курсів денної форми навчання
напряму підготовки 6.030601 – Менеджмент)*

Харків – ХНУМГ – 2015

Методичні вказівки для організації самостійної роботи з дисципліни «Друга іноземна мова» (німецька мова) (для студентів 3 курсів денної форми навчання підготовки 6.030601 – Менеджмент)) / Харків. нац. ун-т міськ. госп-ва ім. О. М. Бекетова; уклад. : В. О. Остапченко. – Харків : ХНУМГ, 2014 – С. 23

Укладачі: В. О. Остапченко

Відповідає вимогам кредитно-модульної системи організації навчального процесу

Затверджено на засіданні кафедри іноземних мов,
протокол № 5 від 27.12.2013 р.

Рецензент: канд. філол. наук, доцент О. Л. Ільєнко

INHALT

Land und Leute: Die 16 Länder im Porträt.....	4
Baden-Württemberg.....	4
Bayern.....	4
Berlin.....	5
Brandenburg.....	5
Bremen.....	6
Hamburg.....	6
Hessen.....	7
Mecklenburg-Vorpommern.....	7
Niedersachsen.....	8
Nordrhein-Westfalen.....	8
Rheinland-Pfalz.....	9
Saarland.....	9
Sachsen.....	10
Sachsen-Anhalt.....	10
Schleswig-Holstein.....	11
Thüringen.....	11
Staat, Recht, Bürger in der Demokratie.....	12
Das Grundgesetz.....	12
Die politischen Parteien.....	12
Das Wahlsystem.....	14
Der Bundestag.....	14
Der Bundespräsident.....	15
Der Bundeskanzler und die Regierung.....	16
Der Bundesstaat.....	18
Der Bundesrat.....	19
Das Bundesverfassungsgericht.....	20
Deutschland und Europa.....	21
Bibliografie.....	22

Land und Leute: Die 16 Länder im Porträt

Baden-Württemberg

Über Superlative reden sie nicht gerne, die Menschen in Baden-Württemberg. Dabei sammelt ihr Bundesland Rekorde: Nummer eins unter Europas Hightech-Standorten. Nirgendwo in Deutschland gibt es mehr Patentanmeldungen. Für Tüftler ist dieser Landstrich berühmt, Gottlieb Daimler, Carl Benz und Robert Bosch bezeugen das. Heute sichern nicht nur Bosch, Daimler, Porsche und Boss, sondern auch Mittelständler wie Fischer (Dübel), Stihl (Sägen) und Würth (Schrauben) den Titel des Export-Weltmeisters. Aber es wird nicht nur „geschafft“ zwischen Heidelberg und Bodensee: Nirgendwo sonst im Lande gibt es so viele Sterneköche. Und die Weine sind fast ein Geheimtipp.



Majestätisch: Der Schlossplatz in Stuttgart

Bayern



Romantisch: Das Schloss Neuschwanstein, erbaut von Bayernkönig Ludwig II.

Guten (Franken-)Wein keltert auch das „Bierland“ Bayern. Oktoberfest, Schloss Neuschwanstein und Alpenpracht locken mehr ausländische Touristen hierher als in jedes andere Bundesland. Doch der Slogan „Laptop und Lederhose“ zeigt: Bayern ist mehr als lebendiges Brauchtum. Seine Wirtschaft – sie ist stärker als die Schwedens – glänzt mit Weltmarken wie BMW, Audi, Siemens, MAN und EADS (Airbus). In der Hauptstadt München sind mehr Verlage zu Hause als in jeder anderen deutschen Stadt. Aber auch außerhalb der Metropole glänzt Deutschlands größtes Bundesland: Bayreuth meldet zu den Wagner-Festspielen alljährlich „ausverkauft“. Ähnliches gilt alle zehn Jahre für Oberammergau und seine Passionsspiele.

Berlin

Einmal im Jahr, zur Berlinale, richtet die Filmwelt ihren Fokus auf Berlin. Aber globales Interesse sind die Berliner gewohnt. Schließlich sind sie, seit die Hohenzollern 1458 ihre Residenz errichteten, Hauptstädter. Eine Historie, die auch Schatten hat: die Nazi-Herrschaft und das DDR-Regime, das eine Mauer durch die Stadt zog. Seit 1990 ist Berlin wieder ungeteilte Hauptstadt mit Weltrang. Die Museumsinsel, Europas größter Museumskomplex, die Berliner Philharmoniker und rund 150 Bühnen sorgen für ein einzigartiges Kulturleben. Die „Wissenskapitale“ birgt 20 Universitäten und Hochschulen. Die Wirtschaft glänzt mit Namen wie Bayer Schering Pharma oder Philip Morris. Und die ITB, die weltgrößte Touristikmesse, akzentuiert den Slogan: Berlin ist eine Reise wert.



Großstädtisch: Der Potsdamer Platz

Brandenburg

Das waldreiche Brandenburg umschließt die Hauptstadt Berlin und profitiert von seinem „Speckgürtel“. Aber das seen- und waldreiche Land hat eigene Trümpfe. Das Kernland des Königreichs Preußen besitzt mit den Schlössern der Hohenzollern, insbesondere mit dem UNESCO-Welterbe Sanssouci, Juwelen höfischer Baukunst. Doch nicht nur deswegen gilt Potsdam, Brandenburgs Hauptstadt, als eine der schönsten Städte Deutschlands – auch Hugenotten aus den Niederlanden haben mit ihren Bauten dazu beigetragen. Heute schmücken sich die Brandenburger mit Hollywood-Produktionen aus der Filmstadt Babelsberg, mit der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt. Oder und mit mehr als 280 ausländischen Unternehmen, beispielsweise mit der Deutschlandzentrale von Ebay.



*Geschichtsträchtig:
Das Schloss
Sanssouci*



Maritim: Segelparade in Bremerhaven

Bremen

Mit dem klassischen Seehandel, insbesondere mit Kaffee, ist die Hansestadt Bremen groß geworden. Im kleinsten Bundesland, unterteilt in die Stadt Bremen

und das etwa 60 Kilometer entfernte Bremerhaven, sorgt der Hafen für jeden dritten Arbeitsplatz. Größter Arbeitgeber ist aber Daimler; Autos spielen generell eine große Rolle: Hier werden jährlich 1,9 Millionen Fahrzeuge ex- oder importiert. Auch die Kultur ist vom Handel geprägt: Das Überseemuseum und das Schifffahrtsmuseum ziehen Besucher aus ganz Deutschland an. Der Wohlstand der Kaufleute sorgte überdies für eines der schönsten Städtebau-Ensembles, den Rathausmarkt mit seinen Barock- und Renaissance-Bauten. Ein Tribut an die reiche Geschichte, die 888 mit dem Marktrecht begann.

Hamburg

Im Stadtstaat Hamburg sorgt der Hafen für den Herzschlag der Wirtschaft, wenngleich Airbus, Otto Versand und der Nivea-Konzern Beiersdorf dies nicht sofort erkennen lassen. Dass aber alle Ölkonzerne an der Elbe heimisch sind, ist den Tanker-Terminals zu verdanken. Seeleute und Sehleute preisen wohl eher das Vergnügungsquartier St. Pauli. Doch den Hanseaten ist gewiss ihr Rang als Medien- und Wissenschaftszentrum wichtiger. Entsprechend groß ist die Nachfrage nach Kultur, die befriedigt wird von renommierten Museen wie der Kunsthalle und von fast 40 Bühnen – einschließlich der Staatsoper mit Ballett-Weltstar John Neumeier. Nationaler Champion ist Hamburg bei den Musical-Theatern, die monatlich Tausende von Besuchern in die Stadt locken.



Kaufmännisch: Die Speicherstadt in Hamburg

Hessen

Wie eine Weltstadt wirkt in Deutschland eigentlich nur Frankfurt am Main: die höchsten Häuser, der größte Flughafen und die meisten Banken auf dem europäischen Festland (die Europäische Zentralbank inbegriffen). Die Superlative lassen sich fortsetzen, mit dem Bahnhof und dem Autobahnkreuz zum Beispiel – beide sind die verkehrsreichsten Deutschlands. Dabei hat die Metropole nur 662000 Einwohner und ist nicht einmal die Hauptstadt von Hessen. Mit diesem Titel schmückt sich das elegante Wiesbaden. Ansonsten ist Hessen eher unscheinbar, mit dicht bewaldeten Mittelgebirgen, rieslingselig im Rheingau und überall geschäftig. Opel in Rüsselsheim und VW bei Kassel sind die Industrie-Riesen, die ESA in Darmstadt steuert ein gut Teil der europäischen Weltraum-Aktivitäten.



Weltläufig: Die Skyline von Frankfurt am Main

Mecklenburg-Vorpommern

Es muss nicht gleich das Weltall sein, schon vom Flugzeug her wirkt Mecklenburg-Vorpommern besonders einladend mit seinen mehr als 2000 Seen, den vielen Wasserläufen und dem satten Grün dazwischen. Die 350 Kilometer Ostseeküste mitgezählt ist das Bundesland im Nordosten das größte Wassersportrevier Mitteleuropas. Kein Wunder, dass der Tourismus die größte Einnahmequelle des Landes ist. Damit das so bleibt, steht rund ein Fünftel der Landesfläche unter Naturschutz. Der Schiffsbau an der Küste und die Landwirtschaft sind abseits der Urlaubszentren der Haupterwerb im dünnstbesiedelten Bundesland. Die beiden ältesten Universitäten Nordeuropas und eine Vielzahl innovativer Forschungs- und Entwicklungsbetriebe machen das Land zu einer der dynamischsten Regionen für Hightech, Biotech und Meditech.



Imposant: Die Kreidefelsen der Insel Rügen

Niedersachsen

Den Schiffsbauern von Papenburg verdankt Niedersachsen seine weltweiten TV-Auftritte – immer wenn die Meyer-Werft einen neuen Luxusliner durch die schmale Ems navigiert. Doch die Industrie Nummer eins ist zwischen den Urlaubsinseln an der Nordseeküste und den Bergen des Harz die Autobranche mit Namen wie Volkswagen in Wolfsburg und Continental in Hannover. Dort laufen auch alle Fäden eines der größten Reiseveranstalter der Welt, der TUI, zusammen. Die Landeshauptstadt findet darüber hinaus zweimal im Jahr globales Interesse, zur Hannover Messe und zur weltgrößten Messe für Informationstechnologie, der CeBIT. Aber international ist Hannover schon lange, schließlich regierten die hannoverschen Herrscher von 1714 bis 1837 zugleich als Könige von England.



Futuristisch: Die Autostadt in Wolfsburg

Nordrhein-Westfalen



*Asymmetrisch: Die „Gehry-Bauten“
in Düsseldorf*

Nirgendwo in Deutschland leben mehr Menschen, entsprechend viele Städte gibt es hier: Köln mit seinem gotischen Meisterwerk, dem Dom, Bonn, die erste Hauptstadt der Bundesrepublik, Düsseldorf, die modebewusste Landeshauptstadt, Aachen, unter Kaiser Karl dem Großen die Hauptstadt Europas, Duisburg mit dem größten Binnenhafen des Kontinents, die Wirtschaftszentren Krefeld und Bielefeld oder die Ruhrgebietsmetropolen Essen und Dortmund. An ihnen lässt sich der Wandel des immer noch größten deutschen Industriereviers ablesen: Kohle und Stahl werden nun flankiert von Biochemie und Hightech. Doch „NRW“ hat nicht nur das dichteste Forschungsnetz Europas, es zählt laut UNESCO neben New York und Paris zu den wichtigsten Kulturregionen der Erde.

Rheinland-Pfalz

Ein wichtiger Posten auf der UNESCO-Liste der Welterbestätten ist das Rheintal zwischen Bingen und Koblenz, ein Juwel, das größtenteils zu Rheinland-Pfalz gehört. Weinland-Pfalz wird es auch genannt, dieses Zentrum der Wein- und Sektwirtschaft. Darüber könnte man vergessen, dass sich dieses Land schon früh der Spitzentechnologie verschrieben hat – der Chemiegigant BASF ist ein Beispiel. Innovativ war das Land schon immer, sei es mit dauerhafter Wirkung wie Johannes Gutenberg, der in der heutigen Landeshauptstadt Mainz den Buchdruck mit beweglichen Lettern erfand, sei es mit zeitweiliger Wirkung wie das Werk von Karl Marx aus Trier. Doch wo alle größeren Städte römische Gründungen sind, werden auch Kultur und Lebensfreude gepflegt. Davon zeugen jährlich mehr als 50 Festivals.



*Touristisch:
Die
Weinberge
am Rhein*

Saarland

Saarbrückens Filmfestival für den deutschsprachigen Nachwuchs hat Karrieren gestartet, Franka Potente und Til Schweiger belegen es. Eine stolze Bilanz für das Bundesland, das binnen 200 Jahren achtmal die Nationalität wechselte. Das Grenzland ist geprägt von Frankreichs Einfluss auf Küche und Lebensstil, dem „Saarvoir vivre“. Die Kohle spielt im früheren Revier keine Rolle mehr, Stahl und Autobau konkurrieren nun mit der aufstrebenden Informatik um die Führungsrolle. Der Stahl hinterließ eine faszinierende Attraktion: die Völklinger Hütte, ein Weltkulturerbe der UNESCO. Der bekannteste Name dürfte aber der weltweit aktive Porzellankonzern Villeroy & Boch sein.



Malerisch: Die Saarschleife

Sachsen

Meißen ist zwar eine kleine, aber dank ihres Porzellans neben der Landeshauptstadt Dresden und der Messemetropole Leipzig wohl die bekannteste Stadt Sachsens. Der Freistaat gehört zu den dynamischen Wirtschaftsregionen im Osten Deutschlands, vor allem die IT Branche, der feinmechanische Uhrenbau und der Autobau prägen den Aufbruch, dessen Symbol die wiedererbaute Frauenkirche im barocken Dresden ist. Sachsens Kultur setzt heute wie einst ihre größten Akzente in der Musik, repräsentiert durch Dresdens Semperoper und den fast 800 Jahre alten Thomanerchor in Leipzig, wo Johann Sebastian Bach als Kantor wirkte. Ist er der größte aller Sachsen? Mit Richard Wagner hat Bach zumindest einen gewichtigen Rivalen.



Prachtvoll: Das Elbufer bei Dresden

Sachsen-Anhalt



*Zentral: Das Händel-Denkmal
in Halle*

Seinem größten Sohn, Georg Friedrich Händel, richtet Halle alljährlich ein großes Festival aus. Dennoch muss der Barock-Komponist zurückstehen hinter Martin Luther. Der Reformator aus Eisleben veränderte die christliche Welt. Die „Lutherstadt“ Wittenberg ist so einer der meistbesuchten Orte in dem an Burgen und Kirchen reichen Land. Bekannt ist aber auch das Chemiedreieck Halle-Merseburg-Bitterfeld: Seit der Wiedervereinigung hat Sachsen-Anhalt das meiste ausländische Kapital angezogen. Heute raffiniert Total in Leuna, Dow Chemical produziert in Schkopau, der Chemieriese Bayer in Bitterfeld. Naturfreunde zieht es hingegen zu dem 1141 Meter hohen Brocken. Sein Gipfel ist mythenumwoben: In der Walpurgisnacht vor dem 1. Mai treffen sich dort die Hexen zum Tanz.

Schleswig-Holstein

Die gefürchtetste Mythenfigur ist in Schleswig-Holstein der Blanke Hans, steht er doch für die zerstörende Kraft der See. Und das nördlichste Bundesland grenzt gleich an zwei Meere, an Nord- und Ostsee. Entsprechend wichtig sind hier seit alters Schiffsbau und Fischfang, zwei Drittel der deutschen Fangflotte sind hier heimisch. Die Haupteinnahmequellen sind heute allerdings der Tourismus und die Landwirtschaft. Die Nordseeinsel Sylt gilt als mondäne Urlaubsinsel. Die Landeshauptstadt Kiel und die – durch Thomas Mann unsterblich gewordene – Hansestadt Lübeck streiten um den Rang der bedeutendsten Städte. Beide sind neben Puttgarden die wichtigsten Fährhäfen des Landes für die Skandinavienrouten. Parallel zur Entwicklung in Osteuropa profitiert das Land vom Wirtschaftsraum Ostsee.



Idyllisch: Der „weite Himmel“ von Schleswig-Holstein

Thüringen

Die Berge des Thüringer Waldes liefern die Kulisse für einen der schönsten deutschen Wanderwege, den 169 Kilometer langen Rennsteig. Er ist ebenso Markenzeichen für das Land wie seine Rostbratwürste, die historische Wartburg oder die Weimarer Dichterfürsten Goethe und Schiller. Thüringen hat aber nicht nur eine kulinarische und literarische Tradition, es war auch stets ein Land der Forscher. In Jena begründeten Zeiss und Schott die moderne optische Industrie; Jenoptik ist – neben dem Autobauer Opel und dem Turbinenfertiger Rolls-Royce – heute wieder eine der wichtigsten Firmen. In der Landeshauptstadt Erfurt verweist man aber auch gerne auf die florierende Biotechnologie und die Solartechnik, zumal vier Universitäten eine gute Ausbildung bieten.



*Klaus Viedebantt
Der Journalist und promovierte
Kulturanthropologe war
Ressortleiter bei der „Zeit“ und
der „FAZ“ und ist Autor
zahlreicher Reisebücher.*

Staat, Recht, Bürger in der Demokratie

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland verkörpert das zweite demokratische System in der deutschen Geschichte. Im Parlamentarischen Rat zogen die Gründungsmütter und -väter der Bundesrepublik in ihrer neuen Verfassung, dem Grundgesetz, die Lehren aus dem Scheitern der ersten Demokratie, der Weimarer Republik, und der nationalsozialistischen Diktatur. Die Bundesrepublik Deutschland war ein Kind des Krieges. Und die Demokratie sollte 1949 zunächst nur im westlichen Teil des in zwei Staaten gespaltenen Deutschlands Fuß fassen. Doch das zunächst als Provisorium konzipierte Grundgesetz hielt am Ziel der Wiedervereinigung „in freier Selbstbestimmung“ fest.

Die zweite deutsche Demokratie erwies sich als Erfolg. Für diesen Erfolg gab es viele Gründe: Die Wertschätzung der freiheitlichen Lebensweise nach der Diktatur und das Streben nach Akzeptanz durch die demokratischen Nachbarn gehörten dazu. Aber auch das Grundgesetz hat seinen Anteil an diesem Erfolg. Als die Teilung Deutschlands nach über 40 Jahren zu Ende ging, wurde das Grundgesetz 1990 zur Verfassung des vereinigten Deutschlands.

Das Grundgesetz

Das Grundgesetz bindet die Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Staatsverwaltung an Recht und Gesetz. Besondere Bedeutung besitzt der Artikel 1 des Grundgesetzes. Er postuliert als höchstes Gut der Verfassungsordnung die Respektierung der Menschenwürde: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Die weiteren Grundrechte garantieren unter anderem die Freiheit des Handelns im Rahmen der Gesetze, die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz, die Presse und Medienfreiheit, die Vereinigungsfreiheit sowie den Schutz der Familie.

Mit der Feststellung, dass das Volk die Herrschaft durch besondere Organe ausübt, schreibt das Grundgesetz die Herrschaftsform der repräsentativen Demokratie fest. Darüber hinaus bestimmt es Deutschland als Rechtsstaat: Alles Handeln staatlicher Behörden unterliegt der richterlichen Kontrolle. Ein weiteres Verfassungsprinzip ist der Bundesstaat, das heißt die Aufteilung der Herrschaftsgewalt auf eine Reihe von Gliedstaaten und auf den Zentralstaat. Schließlich definiert das Grundgesetz Deutschland als einen Sozialstaat. Der Sozialstaat verlangt, dass die Politik Vorkehrungen trifft, um den Menschen auch bei Erwerbslosigkeit, Behinderung, Krankheit und im Alter ein menschenwürdiges materielles Auskommen zu gewährleisten. Eine Besonderheit des Grundgesetzes ist der so genannte „Ewigkeitscharakter“ dieser tragenden Verfassungsgrundsätze. Die Grundrechte, die demokratische Herrschaftsform, der Bundesstaat und der Sozialstaat dürfen auch durch spätere Änderungen des Grundgesetzes oder durch eine komplett neue Verfassung nicht angetastet werden.

Die politischen Parteien

Die politischen Parteien haben nach dem Grundgesetz die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Die Aufstellung von

Kandidaten für politische Funktionen und die Organisation von Wahlkämpfen gewinnen dadurch den Rang einer Verfassungsaufgabe. Aus diesem Grunde erhalten die Parteien vom Staat einen Ausgleich für die im Wahlkampf entstehenden Kosten. Die in Deutschland erstmals praktizierte Wahlkampfkostenerstattung ist heute in den meisten Demokratien gebräuchlich. Der Aufbau der politischen Parteien muss nach dem Grundgesetz demokratischen Grundsätzen folgen (Mitgliederdemokratie). Es wird von ihnen erwartet, dass sie sich zum demokratischen Staat bekennen.

Parteien, deren demokratische Gesinnung in Zweifel steht, können auf Antrag der Bundesregierung verboten werden. Sie müssen aber nicht verboten werden. Hält die Bundesregierung ein Verbot für angebracht, weil solche Parteien eine Gefahr für das demokratische System darstellen, so kann sie lediglich einen Verbotsantrag stellen. Das Verbot selbst darf ausschließlich vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen werden. So wird verhindert, dass die regierenden Parteien eine Partei verbieten, die ihnen im politischen Wettbewerb unbequem werden könnte. Die Regierungsparteien ziehen es vor, undemokratische Parteien im regulären politischen Wettbewerb zu bekämpfen. In der Geschichte der Bundesrepublik hat es wenige Verbotsverfahren und noch weniger Parteienverbote gegeben. Das Grundgesetz privilegiert zwar die politischen Parteien. Die Parteien bleiben aber im Kern Ausdrucksformen der Gesellschaft. Sie tragen alle Risiken des Scheiterns bei Wahlen, bei der Abwanderung von Mitgliedern und bei der Zerstrittenheit in Personal- und Sachfragen.

Das deutsche Parteiensystem ist überschaubar. Im Bundestag vertreten waren bis 1983 ausschließlich Parteien, die auch schon 1949 mit der ersten Wahl ins Parlament eingezogen waren: die Unionsparteien, die SPD und die FDP. Die Unionsparteien, die zur europäischen Parteienfamilie der christlichen Demokraten gehören, treten überall in Deutschland – mit Ausnahme Bayerns – als Christlich Demokratische Union (CDU) auf. Im Bundesland Bayern verzichtet die CDU auf ein eigenes Auftreten und überlässt das Feld der mit ihr eng verbundenen Christlich-Sozialen Union (CSU). Im Bundestag haben sich die Abgeordneten beider Parteien dauerhaft zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ist die zweite große Kraft im deutschen Parteiensystem. Sie gehört zur europäischen Parteienfamilie der Sozialdemokraten und demokratischen Sozialisten. CDU/CSU und SPD gelten als Volksparteien, das heißt, sie haben in der Vergangenheit mit Erfolg einen breiten Querschnitt der Wählerschaft umworben. Beide stehen grundsätzlich positiv zum Sozialstaat mit seinen Einkommensgarantien für Alte, Kranke, Behinderte und Erwerbslose. CDU/CSU integrieren eher die Schichten der Selbstständigen, Gewerbetreibenden und Unternehmer, die SPD steht den Gewerkschaften nahe.

Die Freie Demokratische Partei (FDP) gehört zur Familie der liberalen europäischen Parteien. Ihr politisches Credo ist das geringstmögliche Eingreifen des Staates in den Markt. Die FDP ist keine Volkspartei. Sie genießt Rückhalt vor allem in den höheren Einkommens- und Bildungsschichten.

Die auf das Gründungsjahr 1980 zurückgehende Partei Bündnis 90/Die Grünen, kurz als „Grüne“ bezeichnet, war die erste dauerhaft erfolgreiche Neugründung nach 1949. Die Grünen gehören zur europäischen Parteienfamilie der grünen und ökologischen Parteien. Ihr programmatisches Merkmal ist die Kombination der Marktwirtschaft mit den vom Staat zu überwachenden Geboten des Natur- und Umweltschutzes. Auch sie vertreten eher gut verdienende und überdurchschnittlich gebildete Wählerinnen und Wähler.

Mit der Wiedervereinigung betrat die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) die politische Bühne der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist 1989 aus der sozialistischen Staatspartei der früheren Deutschen Demokratischen Republik, der SED, hervorgegangen. Die PDS hat sich zu einer demokratischen Partei gewandelt. Politisch erfolgreich war sie zunächst ausschließlich in den fünf östlichen Ländern der Bundesrepublik, dem ehemaligen Staatsgebiet der DDR. Zur Bundestagswahl 2005 kandidierten Mitglieder der neu gegründeten und bislang erst bei einer Landtagswahl angetretenen Partei Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG) auf der Liste der PDS, die sich in Die Linkspartei.PDS unbenannte. Im Juni 2007 schlossen sich die beiden Parteien zur Partei Die Linke zusammen.

Das Wahlsystem

Das deutsche Wahlsystem macht es für eine einzelne Partei sehr schwierig, allein die Regierung zu bilden. Diese Möglichkeit ergab sich in 56 Jahren erst einmal. Das Parteienbündnis ist der Regelfall. Damit die Wähler wissen, mit welchem Partner die von ihnen gewählte Partei zu regieren gedenkt, beschließen die Parteien Koalitionsaussagen, bevor sie in den Wahlkampf ziehen. Mit der Wahl einer Partei drückt der Bürger also zum einen die Präferenz für ein Parteienbündnis aus, zum anderen bestimmt er damit das Kräfteverhältnis der erwünschten künftigen Regierungspartner.



Versammlungsort der Volksvertretung: Der Plenarsaal des Deutschen Bundestags

Der Bundestag

Der Bundestag ist die gewählte Vertretung des deutschen Volkes. In technischer Hinsicht wird die Hälfte der 598 Bundestagsmandate durch die Wahl von Landeslisten der Parteien (Zweitstimmen) zugeteilt und die andere Hälfte durch die Wahl von Personen in 299 Wahlkreisen (Erststimmen). Diese Aufteilung ändert nichts an der Schlüsselstellung der Parteien im Wahlsystem. Nur jene Wahlkreiskandidaten haben Aussichten auf Erfolg, die einer Partei angehören. Die Parteizugehörigkeit der Bundestagsabgeordneten soll die Verteilung der Wählerstimmen widerspiegeln. Um die Mehrheitsbilder aber nicht durch die Präsenz kleiner und kleinster Parteien zu komplizieren, schließt sie eine Sperrklausel, die so genannte Fünf-Prozent-Hürde, von der Vertretung im Bundestag aus.

Der Bundestag ist das deutsche Parlament. Seine Abgeordneten organisieren sich in Fraktionen und wählen aus ihrer Mitte einen Präsidenten. Der Bundestag hat die Aufgabe, den Bundeskanzler zu wählen und ihn dann durch Zustimmung zu seiner Politik im Amt zu halten. Der Bundestag kann den Kanzler ablösen, indem er ihm das Vertrauen verweigert. Darin gleicht er anderen Parlamenten. Es macht auch keinen großen Unterschied, dass in Deutschland der Kanzler gewählt, in Großbritannien oder anderen parlamentarischen Demokratien aber vom Staatsoberhaupt ernannt wird. In anderen parlamentarischen Demokratien wird stets ein Parteiführer zum Regierungschef ernannt, der sich auf eine Parlamentsmehrheit stützen kann.

Die zweite große Aufgabe der Abgeordneten im Bundestag ist die Gesetzgebung. Seit 1949 sind im Parlament rund 9000 Gesetzesvorlagen eingebracht und mehr als 6200 Gesetze verkündet worden. Überwiegend handelt es sich dabei um Gesetzesänderungen. Die meisten Entwürfe stammen von der Bundesregierung. Ein kleinerer Teil wird aus dem Parlament oder vom Bundesrat eingebracht. Auch hier gleicht der Bundestag den Parlamenten anderer parlamentarischer Demokratien darin, dass er hauptsächlich Gesetze verabschiedet, die von der Bundesregierung vorgeschlagen werden. Der Bundestag verkörpert allerdings weniger den Typ des Debattierparlaments, wie es die britische Parlamentskultur kennzeichnet. Er entspricht eher dem Typ des Arbeitsparlaments.

Die Fachausschüsse des Bundestages beraten sehr intensiv und sachkundig über die dem Parlament vorgelegten Gesetzentwürfe. Darin ähnelt die Tätigkeit des Bundestages ein Stück weit dem Zuschnitt des US-amerikanischen Kongresses, der den Prototyp des Arbeitsparlaments bildet.

Die dritte große Aufgabe des Bundestages ist die Kontrolle der Regierungsarbeit. Die in der Öffentlichkeit sichtbare parlamentarische Kontrolle übt die parlamentarische Opposition aus. Der weniger sichtbare, dafür aber nicht weniger wirksame Teil der Kontrollfunktion wird von den Abgeordneten der Regierungsparteien übernommen, die hinter den verschlossenen Türen der Sitzungsräume kritische Fragen an ihre Regierungsvertreter richten.

Der Bundespräsident

Der Bundespräsident repräsentiert die Bundesrepublik Deutschland als Staatsoberhaupt. Er vertritt das Land nach außen und ernennt die Regierungsmitglieder, die Richter und die hohen Beamten. Mit seiner Unterschrift setzt er die Gesetze in Kraft. Er entlässt die Regierung und darf, wie im Sommer 2005 geschehen, das Parlament in Ausnahmefällen vorzeitig auflösen. Ein Vetorecht, wie es der US-amerikanische Präsident oder andere Staatspräsidenten gegen Gesetzesbeschlüsse der parlamentarischen Körperschaften besitzen, gesteht das Grundgesetz dem Bundespräsidenten nicht zu. Der Bundespräsident bestätigt zwar die parlamentarischen Beschlüsse und die Personalvorschläge der Regierung. Aber er prüft nur ihr korrektes Zustandekommen nach den Vorschriften des Grundgesetzes.

Der Bundespräsident übt sein Amt über eine Periode von fünf Jahren aus; er kann für eine weitere Periode wiedergewählt werden. Er wird von der Bundesversammlung gewählt. Diese besteht zum einen aus den Mitgliedern des Bundestages und zum anderen aus einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Parlamenten der 16 Länder gewählt werden.



Das Staatsoberhaupt: Bundespräsident Joachim Gauck

Der Bundeskanzler und die Regierung

Der Bundeskanzler ist das einzige gewählte Mitglied der Bundesregierung. Die Verfassung räumt ihm das Recht ein, selbst die Minister als die Leiter der wichtigsten politischen Behörden auszuwählen. Der Kanzler bestimmt ferner die Anzahl der Ministerien, und er legt deren Zuständigkeiten fest. Er besitzt die Richtlinienkompetenz. Sie umschreibt das Recht des Kanzlers, verbindlich die Schwerpunkte der Regierungstätigkeit vorzuschreiben. Mit diesen Befugnissen besitzt der Bundeskanzler ein Arsenal von Führungsinstrumenten, das dem Vergleich mit der Regierungsmacht der Präsidenten in präsidentialen Demokratien standhält.

Dem Parlamentarischen Rat, der 1949 das Grundgesetz beschloss, stand als Vorbild für den Bundeskanzler das Bild des britischen Premierministers vor Augen. Dieser verfügt über exakt die gleichen Machtmittel wie der Kanzler, doch tatsächlich fällt dessen Macht weit hinter die des britischen Premiers zurück. Im parlamentarischen System Großbritanniens regiert immer nur eine Partei, denn das britische Mehrheitswahlssystem begünstigt die stärkste Partei. Im Bundestag besitzt im

Regelfall keine Partei die Mehrheit. Für die Kanzlerwahl ist deshalb üblicherweise eine Koalition, das heißt ein Bündnis verschiedener Parteien, erforderlich.

Der Kanzlerwahl gehen ausführliche Beratungen zwischen den Parteien voraus, die gemeinsam regieren wollen. Hier geht es dann im Einzelnen darum, wie die Ministerien zwischen den Parteien aufgeteilt werden, welche Ministerien beibehalten und welche neu geschaffen werden sollen. Der stärkeren Partei im Regierungsbündnis wird das Recht zugebilligt, den Bundeskanzler zu stellen. Des Weiteren verständigen sich die Parteien auf die Vorhaben, die sie in den nächsten Jahren in Angriff nehmen wollen. Die Ergebnisse dieser Koalitionsverhandlungen werden in einem Koalitionsvertrag niedergelegt. Erst nach diesen Schritten wird der Bundeskanzler gewählt. Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien bereiten die Entscheidungen der Bundesregierung vor und begleiten sie. Wenn sich der Vorrat an politischen Gemeinsamkeiten noch vor der Wahl eines neuen Bundestages erschöpft, wird die Ablösung des Bundeskanzlers aktuell. Mit der Ablösung des amtierenden Kanzlers durch ein – konstruktives – Misstrauensvotum muss gleichzeitig ein neuer Kanzler gewählt werden. Diese offensive Aufkündigung des parlamentarischen Vertrauens zwingt die im Bundestag vertretenen Parteien, eine neue, arbeitsfähige Regierungsmehrheit zu bilden, bevor sie den Kanzler stürzt. Ein Kanzlersturz ist erst zweimal versucht worden, nur einmal, 1982, gelang er: Dem damaligen Kanzler Helmut Schmidt (SPD) wurde das Misstrauen ausgesprochen und Helmut Kohl (CDU) gewählt.

Der Bundeskanzler kann aber auch im Bundestag jederzeit die Vertrauensfrage stellen, um zu prüfen, ob er noch den uneingeschränkten Rückhalt der Regierungsparteien genießt. Verliert der Kanzler diese Vertrauensabstimmung, wenden sich also Teile der Regierungsmehrheit vom Kanzler ab, dann liegt die Entscheidung, ob der Bundestag aufgelöst wird und damit Neuwahlen stattfinden sollen, beim Bundespräsidenten. Der Bundespräsident kann die im Bundestag vertretenen Parteien auch auffordern, die Bildung einer neuen Regierung zu versuchen. Eine wirkliche Niederlage bei einer Vertrauensabstimmung hat es in der Geschichte der Bundesrepublik nicht gegeben. Dreimal gab es jedoch verabredete Niederlagen: Die Abgeordneten der Regierungsparteien oder die Minister enthielten sich der Stimme, um die Regierung zu Fall zu bringen (1972, 1982, 2005). Dieser Weg wurde beschritten, um die nach der Verfassung sonst nicht mögliche vorzeitige Neuwahl des Bundestages zu veranlassen. Er lässt sich nur mit Zustimmung des Bundespräsidenten beschreiten und ist nicht unumstritten. Bereits 1983 hat das Verfassungsgericht betont, dass es sich um ein bedenkliches, von der Verfassung nicht gewolltes Verfahren handle. 2005 wurde das oberste Gericht ebenfalls angerufen, doch auch hier wiesen die Verfassungsrichter die Klage zweier Abgeordneter zurück.



Eines der meistbesuchten Gebäude in Deutschland: Der Reichstag, Sitz des Deutschen Bundestags



Das Grundgesetz als Kunstwerk: Installation von Dani Karavan nahe dem Reichstagsgebäude

Der Bundesstaat

Der deutsche Bundesstaat ist ein komplexes Gebilde. Er besteht aus der zentralstaatlichen Ebene des Bundes und 16 Ländern. Das Grundgesetz legt in einer detaillierten Zuständigkeitsordnung fest, welche Angelegenheiten vom Bund und welche von den Ländern wahrgenommen werden. Insofern ähnelt das bundesstaatliche System Deutschlands dem anderer Bundesstaaten. Das öffentliche Leben Deutschlands fußt maßgeblich auf den Bundesgesetzen. Die Bürgerinnen und Bürger hingegen haben es – nach dem Subsidiaritätsprinzip – fast ausschließlich mit Landesbehörden oder mit kommunalen Verwaltungen zu tun, die im Auftrag der Länder handeln. Der Grund dafür liegt im Bemühen des Grundgesetzes, die Vorteile des Einheitsstaates mit denen des Bundesstaates zu kombinieren. Die Bürger anderer Staaten begegnen in ihrem Alltag weit häufiger Vertretern der Bundesbehörden.

Das Grundgesetz verlangt die Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Diese Lebensverhältnisse werden wesentlich von der Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt. Deshalb regeln diesen Bereich hauptsächlich Bundesgesetze. Insoweit ähnelt der deutsche Bundesstaat einem Einheitsstaat. Dennoch kontrollieren die Länder den Großteil der gesamtstaatlichen Verwaltungskapazität. In der deutschen Verwaltung herrschen also föderalistische Elemente vor. Die Länderverwaltungen führen zum einen, wie es für einen Bundesstaat typisch ist, die jeweiligen Landesgesetze aus. Sie exekutieren darüber

hinaus – in durchaus untypischer Weise für bundesstaatliche Systeme – noch die meisten Bundesgesetze. Die Charakterisierung des deutschen Bundesstaates bedient sich deshalb solcher Formulierungen wie „unitarischer“ oder „verkappter“ Bundesstaat.

Drei gesamtstaatliche Aufgaben erfüllen die Länder ganz in eigener Regie: die Angelegenheiten der Schulen – weitgehend auch die der Hochschulen –, die innere Sicherheit, darunter die Aufgaben der Polizei, sowie die Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Länder finden in den weit gefassten Mitwirkungsrechten des Bundesrates einen Ausgleich für den Vorrang des Bundes in der Gesetzgebung.

Der Bundesrat

Der Bundesrat ist die Vertretung der Länder, eine Art Zweite Kammer neben dem Bundestag. Er muss jedes Bundesgesetz beraten. Als Länderkammer hat der Bundesrat die gleiche Funktion wie die Zweiten Kammern in anderen Bundesstaaten, die meist als Senat bezeichnet werden. Dem Bundesrat gehören ausschließlich Vertreter der Landesregierungen an. Das Stimmengewicht der Länder trägt in sehr moderater Form der Bevölkerungsstärke Rechnung: Jedes Land hat mindestens drei, die einwohnerstärkeren Länder bis zu sechs Stimmen. Das kleinste Land Bremen zählt 660000, das größte Land Nordrhein-Westfalen über 18 Millionen Einwohner.

Der Bundesrat wirkt am Zustandekommen der Bundesgesetze mit. Dabei unterscheidet er sich von den Zweiten Kammern anderer Bundesstaaten. Das Grundgesetz sieht zwei Arten von Mitwirkung vor. Bundesgesetze, die den Ländern zusätzliche Verwaltungskosten verursachen oder die an die Stelle bisheriger Landesgesetze treten, unterliegen der Zustimmungspflicht des Bundesrates: Der Bundesrat muss einem Gesetzesbeschluss des Bundestages zustimmen, damit dieser wirksam werden kann. Hier hat der Bundesrat den Status einer mit dem Bundestag gleichberechtigten gesetzgebenden Körperschaft. Gegenwärtig sind mehr als 50 Prozent aller Gesetzesbeschlüsse zustimmungspflichtig. Weil die Bundesgesetze grundsätzlich von den Länderverwaltungen ausgeführt werden, bringen die wichtigsten und kostenintensiven Gesetze die Verwaltungshoheit der Länder ins Spiel. Von diesen Zustimmungsgesetzen sind die „Einspruchsgesetze“ zu unterscheiden. Diese kann der Bundesrat zwar ablehnen. Der Bundestag kann den Einspruch aber mit der gleichen Mehrheit wie im Bundesrat – einfache, absolute oder Zweidrittel-Mehrheit – zurückweisen.

Bedenkt man, dass die Tätigkeit des Bundesrates auf den Schultern der 16 Landesregierungen ruht, so wird deutlich, dass die Landesregierungen bedeutende bundespolitische Akteure sind. Diesem Umstand verdanken die Ministerpräsidenten als Regierungschefs der Länder ihre weit über die eigenen Länder hinaus reichende Sichtbarkeit. Seit September 2006 regelt eine Föderalismusreform die Zuständigkeiten von Bund und Ländern neu. Ziel der

Reform ist es, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu verbessern und die politischen Verantwortlichkeiten deutlicher zuzuordnen.



Bindeglied zwischen Bund und Ländern: Der Bundesrat im ehemaligen Preußischen Herrenhaus im Zentrum von Berlin



Bundesverfassungsgericht. Es hat seinen Sitz in Karlsruhe und besteht aus zwei Senaten mit je acht Richtern, die je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt werden. Die Amtszeit beträgt zwölf Jahre. Eine Wiederwahl ist nicht möglich.

Das Bundesverfassungsgericht

Das Bundesverfassungsgericht ist eine charakteristische Institution der deutschen Nachkriegsdemokratie. Es wurde vom Grundgesetz mit dem Recht ausgestattet, demokratisch korrekt zustandegekommene Gesetzesbeschlüsse außer Kraft zu setzen, wenn es zu der Feststellung gelangt, dass sie gegen das Grundgesetz verstoßen. Das Verfassungsgericht kann nur dann tätig werden, wenn es mit einer Klage befasst wird. Der Kreis der Klageberechtigten umfasst die Bundesorgane Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung oder deren Teile – Abgeordnete oder Fraktionen – sowie Landesregierungen. Das

Verfassungsgericht wird im „Verfassungsstreit“ zum Schutz der im Grundgesetz garantierten Gewaltenteilung und des Bundesstaates aktiv. Um auch einer parlamentarischen Minderheit die Anrufung des Verfassungsgerichts zu ermöglichen, genügt ein Drittel der Mitglieder des Bundestages, um Klage gegen eine Rechtsnorm zu erheben („abstrakte Normenkontrollklage“).

Das Grundgesetz legitimiert auch den einzelnen Bürger zur „Verfassungsbeschwerde“, wenn er sich durch das Handeln einer Behörde in seinen Grundrechten verletzt sieht. Schließlich ist jedes deutsche Gericht verpflichtet, mit einer „konkreten Normenkontrollklage“ an das Verfassungsgericht heranzutreten, wenn es ein Gesetz für verfassungswidrig hält. Das Bundesverfassungsgericht hat das Monopol auf die Verfassungsauslegung für die gesamte Gerichtsbarkeit.

Deutschland und Europa

Deutschland teilt mit den meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) grundlegende Eigenschaften des politischen Systems. Es besitzt das Regierungssystem der parlamentarischen Demokratie, das heißt, die Regierungspolitik wird vom Regierungschef und seinen Ministern, aber nicht vom Staatsoberhaupt bestimmt. Durch die hohen Standards des Grundgesetzes für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wird bisweilen auch das Bundesverfassungsgericht zu einem

europapolitischen Akteur. Das Gericht hat mehrfach verdeutlicht, dass die europäische Rechtsordnung den Kriterien des Grundgesetzes genügen muss, bevor Deutschland politische Gestaltungsrechte an die EU abtritt. Die „Ewigkeitsgarantie“ der tragenden Grundgesetzprinzipien gerät hier in ein gewisses Spannungsverhältnis zum Bekenntnis des Grundgesetzes zur europäischen Integration.

BIBLIOGRAPHIE

1. www.deutschland.de
Offizielles Portal der Bundesrepublik Deutschland. Es bietet Zugänge in alle gesellschaftlichen Bereiche (Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Arabisch)
2. www.bundesregierung.de
Umfangreiche Website der deutschen Bundesregierung, u.a. mit aktuellen Meldungen zur Regierungspolitik (Deutsch, Englisch, Französisch)
3. www.auswaertiges-amt.de
Informationen zu Themen der deutschen Außenpolitik und Adressen deutscher Auslandsvertretungen (Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch)
4. www.invest-in-germany.de
Die Website der Bundesagentur Invest in Germany GmbH bietet Informationen über den Wirtschaftsstandort Deutschland (in sechs Sprachen)
5. www.goethe.de
Die Website des Goethe-Instituts informiert über Sprachkurse und Veranstaltungen der 142 Institute sowie über Kultur und Gesellschaft (Deutsch, Englisch)
6. www.ifa.de
Das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) gibt einen Überblick über Themen des internationalen Kulturaustauschs (Deutsch, Englisch, Spanisch, Portugiesisch)
7. www.daad.de
Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) informiert über Förderprogramme für Studierende, Graduierte und Wissenschaftler (in 22 Sprachen)
8. www.dw-world.de
Der Auslandsrundfunk Deutsche Welle (DW) bietet ein umfangreiches aktuelles journalistisches Informationsangebot (in 30 Sprachen)
9. www.deutschland-tourismus.de
Die Website der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) gibt einen umfassenden Überblick über das Urlaubsland Deutschland (Deutsch, Englisch)
10. www.land-der-ideen.de
Die Initiative „Land der Ideen“ engagiert sich für den Standort Deutschland und unterhält u.a. einen eigenen Medienservice (Deutsch, Englisch)
11. www.destatis.de
Website des Statistischen Bundesamtes (Deutsch, Englisch)
12. www.magazine-deutschland.de
Online-Auftritt der Zeitschrift „Deutschland“ mit Beiträgen über aktuelle Themen, Serviceteil und Media-Corner für Journalisten (in zehn Sprachen)

Навчальне видання

МЕТОДИЧНІ ВКАЗІВКИ

для організації самостійної роботи
з дисципліни

**«ДРУГА ІНОЗЕМНА МОВА»
(НІМЕЦЬКА МОВА)**

*(для студентів 3 курсів денної форми навчання
напрямку підготовки 6.030601 – Менеджмент)*

Укладач: **ОСТАПЧЕНКО** Вікторія Олександрівна

Відповідальний за випуск *О. Л. Ільєнко*

За авторською редакцією

Комп'ютерне верстання: *І. В. Волосожарова*

План 2014, поз. 419М

Підп. до друку 10.02.2015р.

Формат 60x84/16

Друк на ризографі

Ум. друк. арк. 1,8

Тираж 50 пр.

Зам.

Видавець і виготовлювач:

Харківський національний університет
міського господарства імені О. М. Бекетова,
вул. Революції, 12, Харків, 61002

Електронна адреса: rectorat@kname.edu.ua

Свідоцтво суб'єкта видавничої справи:

ДК № 4705 від 28.03.2014р.